

## **ECHO, Dezember 2010**

Politik

### **"Irgendwer muss anfangen ..."**

Agrargemeinschaften. Die Gemeinde Mutters hat als erste „Agrargemeinschafts-Gemeinde“ Tirols ihr Recht wahrgenommen und der Agrargemeinschaft 500.000 Euro fällig gestellt. Bürgermeister Hansjörg Peer erklärt im Interview, wie die Gemeinde vorgegangen ist. Und zeigt den Gemeinden, wie's geht.

ECHO: Durch Ihre Forderung bzw. Fälligestellung von 500.000 Euro an die Agrargemeinschaft Mutters haben Sie für Aufsehen gesorgt. Worauf basiert Ihre Fälligestellung?

Hansjörg Peer: Wenn ich kurz zurückblicken darf: Ich hatte immer eine gute Beziehung zur Agrargemeinschaft. Bis zur letzten Wahl war der Agrargemeinschafts-Obmann mein Stellvertreter als Bürgermeister und wir hatten ein Übereinkommen geschlossen, dass wir gemeinsam etwas für das Dorf tun. Damit sind wir weit gekommen. Nach dem Juni 2008 wurde mir bewusst, dass es schwierig werden wird, weil man sich dem Thema Gemeindeguts-Agrargemeinschaften nicht verschließen kann und weil das Thema abgearbeitet werden muss. Es war eine Herausforderung, aber wir sind uns dabei immer mit Respekt begegnet. Es ist wichtig, offen zu reden und keine Linke zu drehen. Zwischenzeitlich gingen die Neuwahlen über die Bühne. Herr Weber, der ehemalige Vizebürgermeister, hat nicht mehr kandidiert, und nun ist der Agrarobmann-Stellvertreter im Gemeinderat vertreten. Wir haben gesagt, wir wollen die Sache so schnell wie möglich behandeln. Die Grundlage ist mit der Gesetzesnovelle seit Februar 2010 gegeben und ein Gesetz ist dazu da, umgesetzt zu werden, auch wenn's weh tut – in dem Fall natürlich der Agrargemeinschaft. Ich bin der Letzte, der mit der Feststellung leben will, dass er nichts tut und nur zuschaut. Das ist eine Aussage, die ich nicht auf mir sitzen lassen kann und will und das wäre auch mit Amtsmissbrauch in Verbindung zu bringen.

ECHO: Wurde das kooperative Verhältnis durch den Feststellungsantrag der Agrargemeinschaft getrübt?

Peer: Ja, da hat uns die Agrargemeinschaft mehr oder weniger hinterrücks überfallen. Das hat dazu beigetragen, dass die Stimmung ab dem Zeitpunkt nicht sehr gut war. Gesprochen wurde mit uns im Vorfeld nicht. Ich habe es vom Anwalt erfahren, und dann hat sich das Blatt gewendet. Ich habe im Gemeinderat sofort den Beschluss fassen lassen, dass wir im Fall einer positiven Entscheidung für die Gemeinde sofort eine Neuregulierung beantragen. Mit dem Beschluss habe ich mich abgesichert. Als dann die Novelle in Kraft trat, war klar, dass wir jetzt handeln müssen.

ECHO: Die Verfahren haben ergeben, dass es sich bei zwei Mutterer Agrargemeinschaften – Mutters und Kreith – zum Großteil um Gemeindegut handelt, einzelne Grundstücke wurden ausgenommen ...

Peer: Es gibt beispielsweise Flächen auf der Mutterer Alm, die laut Erkenntnis des Landesagrarsenats nicht aus Gemeindegut entstanden sind. Es war uns bewusst, dass der Weg zu den Höchstgerichten eingeschlagen werden würde, und das ist dann auch passiert. Ich setze aber auf den Rechtsstaat und aufgrund der vielen Entscheidungen, die schon getroffen wurden, gehe ich davon aus, dass sich daran nichts mehr ändern wird.

ECHO: Wie sind Sie dabei vorgegangen?

Peer: Wir haben einen Finanzbuchhalter und einen Steuerberater beauftragt, die einzelnen Parzellen nach Nutzung zu durchforsten und zu zerlegen. Es handelt sich nicht um allzu viele Parzellen. Beispielsweise ist jene am Mutterer Berg, wo die ganzen Skiabfahrten sind, eine Riesenparzelle in Größe von mehr als 700 Hektar. Aber es war die Schwierigkeit, das zu zerlegen. Wie kann man eine Parzelle, die Wald, Weide und Skiabfahrt hat, zuordnen? Wir haben das alles zerlegt, immer wieder mit der Behörde abgestimmt, haben beispielsweise die bestehenden Verträge angeschaut, gesehen, wie viel die Agrargemeinschaft für eine Piste bekommt und diese Piste den einzelnen Parzellen zugeordnet. Danach wussten wir, wie viele Quadratmeter landwirtschaftlich genutzt werden, wie viele als Skiflächen verpachtet werden etc. Unser Ergebnis haben wir dann von der Behörde prüfen lassen und auf dieser Basis konnten wir die Rechnungskreise bilden. Wir stellten ein Sujet zusammen, aus dem klipp und klar hervorgeht, was der Gemeinde gehört und dem Rechnungskreis zwei zuzuordnen ist, und was dem Rechnungskreis eins, also der Agrargemeinschaft. Wir haben das ganz transparent dargestellt und auch der Agrargemeinschaft die Möglichkeit gegeben, sich das anzuschauen.

ECHO: Hatten die Agrargemeinschaften ihre Bücher offengelegt?

Peer: Da haben sie sich sehr kooperativ gezeigt und selbst auch eine Berechnung gemacht, wobei ihr Ergebnis sich von unserem nur um zehn Prozent unterschied. Sie waren bei – glaube ich – 280.000 Euro für die Gemeinde und wir kamen auf 312.000 Euro pro Jahr. Das war für mich ein Signal, dass die Köpfe im Agrarausschuss wissen, worum es geht.

ECHO: Was war der nächste Schritt?

Peer: Wir gingen in den Gemeinderat. Es gab zwar Widerstand von der agrarier-dominierten Heimatliste, deren Mitglieder fragten, warum das so schnell gehe. Aber ich wollte das vom Tisch haben. Und schließlich muss irgendwer anfangen. Zudem wäre es bei dieser klaren Sachlage fahrlässig, würde ich das Geld, das ja in großem Maße der Gemeinde zusteht, nicht einfordern.

ECHO: Die nun geforderten 500.000 Euro betreffen lediglich die Substanz-Einnahmen aus den Jahren 2008 und 2009. Wie wird die Gemeinde Mutters den Rest regeln?

Peer: Wir haben das in drei Etappen aufgeschlüsselt. Die erste betrifft die Zeit zwischen 1945 und 31. Dezember 2007 – diese Periode und die Abhandlung dieser Zeit, auch mit den Ausgleichszahlungen, habe ich noch nicht in Angriff genommen. Das steht noch an. Wir haben die Jahre 2008 und 2009 komplett aufgearbeitet und sind auf 615.000 Euro für die Gemeinde gekommen. Gefordert haben wir nur 500.000 Euro, da vonseiten des Gesetzgebers einige Fragen noch nicht geklärt sind, etwa die Frage zur Körperschaftssteuer. Darum ließen wir einen kleinen Polster und riefen die halbe Million ab. Auch die Jagdpacht ist noch nicht berücksichtigt. Aber diese 500.000 Euro aus den Jahren 2008 und 2009 wollen wir jetzt auf dem Konto der Gemeinde sehen. Für die Jahre 2010 und folgende wird es so aussehen, dass ich immer die aus dem Rechnungskreis zwei errechneten Beträge in das Gemeindebudget aufnehmen werde. Das sind jährlich knapp 300.000 Euro. Das ist mein gutes Recht, und so sieht es der Gesetzesgeber auch vor. Immer im Juni wird die Gemeinde aber Kontakt mit der Agrargemeinschaft aufnehmen und fragen, welche große Vorhaben für das kommende Jahr anstehen. Dann soll der Gemeinderat Jahr für Jahr entscheiden, ob die jeweiligen Projekte unterstützt werden oder nicht.

ECHO: Sind die 500.000 Euro schon geflossen?

Peer: Der Stichtag war der 12. November 2010 und bis dahin ist die Zahlung nicht eingelangt. Die Gemeinde wird in den nächsten Tagen noch einmal versuchen, in einem Gespräch unter Beiziehung eines Mediators die Agrargemeinschaft zu überzeugen, dass auch sie das Gesetz zu vollziehen hat. Fruchtet dieses Gespräch nicht, so wird die Gemeinde einen entsprechenden Antrag bei der Agrarbehörde zum Vollzug einbringen.

ECHO: Wenn die Agrarbehörde gegebenenfalls darüber befinden muss, muss sie dann nicht über eine Gesetzesvollzugsgeschichte entscheiden, die nicht bei den Höchstgerichten bekämpft werden kann?

Peer: Ja, laut Gesetz steht uns das Geld zu. Wir sind ja auch erstmals Mitglied einer Agrargemeinschaft und die Agrarbehörde ist dazu da, in Streitigkeiten zwischen Mitgliedern Entscheidungen zu treffen beziehungsweise Lösungen zu finden. Und die Lösung kann in dem Fall nur so aussehen, dass die Agrargemeinschaft angehalten wird, die Zahlung zu leisten. Der Agrarobmann-Stellvertreter hat mir vor Kurzem erst versichert, man wisse, dass zu zahlen sei – ob man wolle oder nicht. Wenn ich einen solchen Satz höre, hoffe ich schon, dass die Vernunft Einzug hält.

ECHO: War die Reaktion des Agrarobmann-Stellvertreters die einzige aus der Agrargemeinschaft?

Peer: Es war für mich etwas verwunderlich, dass ich unmittelbar nach der Gemeinderatssitzung stark kritisiert wurde – speziell aus diesem Lager. Und ich kann die Kritik nicht nachvollziehen, weil ich die Agrarier im Vorfeld über jeden Schritt in Kenntnis gesetzt habe. Ich habe ihnen sogar gesagt, sie sollten es sich überlegen, überhaupt bei der Gemeinderatssitzung dabei zu sein, denn wenn sie gegen das Gesetz stimmen, könnte das nicht lustig für sie ausgehen.

ECHO: Die Aufarbeitung allein der letzten beiden Jahre klingt nach irrsinnig viel Arbeit ...

Peer: Das war es auch. Ich habe keine Ahnung, wie viele Stunden wir gesessen sind und Akten, Unterlagen und Verträge durchgelesen haben. Wir haben alles aufgearbeitet. Darum wollte ich auch eine Entscheidung herbeiführen und der Forderung der Agrarier, den Tagesordnungspunkt zu streichen, konnten wir nicht nachgeben.

ECHO: Wie waren die sonstigen Reaktionen – beispielsweise seitens der Behörde?

Peer: Von der Behörde wurde uns immer wieder attestiert, dass das der richtige Weg ist. Sicherlich könnte man Tempo herausnehmen, sicherlich wäre es der Agrargemeinschaft lieber, die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs abzuwarten. Doch darauf antwortete ich: Das ist unternehmerisches Risiko. Selbst wenn ein Höchstgericht irgendwann alles wieder umkrempelt und sagt, ich müsse das alles rückabwickeln, liegt es jetzt in meinen Händen, zu sagen, was ich mit dem Geld mache, sobald die Zahlung der Agrargemeinschaft erfolgt ist. Wir haben jedenfalls unmissverständlich klargestellt, dass das Geld der Gemeinde zusteht.

ECHO: In Axams lief es ganz anders. Die Gemeinde ließ sich mit 36.000 Euro von der Agrargemeinschaft „abspeisen“ und damit war alles „gegessen“. War Ihnen der Schritt der Gemeinde Axams nachvollziehbar?

Peer: Ich vermute, Bürgermeister Nagl wollte allen Herren dienen. Es ist für einen Bürgermeister nicht einfach, da man weiß, dass man mit jedem Schritt jemandem weh tut – entweder der Gemeinde oder der Agrargemeinschaft. Dass der Schuss für den Axamer Bürgermeister nach hinten losgegangen ist, tut mir für ihn leid, aber es muss jeder Bürgermeister selbst entscheiden, was es ihm wert ist.

ECHO: Sie haben vorhin die Gefahr eines Amtsmissbrauchs angesprochen. Dazu gibt es schon lange ein klares Gutachten des Innsbrucker Universitätsprofessors Andreas Scheil. Haben Sie das Gefühl, dass sich Ihre Bürgermeisterkollegen in Agrargemeinschaftsgemeinden dieser strafrechtlichen Gefahr bewusst sind?

Peer: Ich glaube, das hat mit dem jeweiligen Rechtsverständnis eines Bürgermeisters zu tun. Jeder weiß, mit welchen Risiken er jeden Tag leben muss. Darum kann ich nur jedem raten, dass er sich entsprechend beraten lässt, da es auch in Agrargemeinschaftsfragen Spezialisten gibt. Ich glaube, klug ist der, der weiß, wo er findet, was er nicht weiß. Nach diesem Prinzip sollte gehandelt werden. Und ich handle nach diesem Prinzip. Zumal es ein offenes Geheimnis ist, dass mir in Mutters sehr viele honorige Leute auf die Finger schauen. Ich habe es selber in der Hand, die Sache so abzarbeiten, dass ich dem Gesetz entspreche. Oder ich warte zu, bis das Damoklesschwert fällt und ich dann ein massives Problem mit mir rumtragen muss.

ECHO: Auch Bauernbundobmann Anton Steixner ist Mitglied einer Mutterer Agrargemeinschaft ...

Peer: Ja, bei der Agrargemeinschaft Raitis. Wir haben insgesamt drei Agrargemeinschaften. Doch bei der Agrargemeinschaft Raitis ist die Chance, dass man sie als Gemeindeguts-Agrargemeinschaft darstellen kann, gleich null. Wir hatten am 11. November die Anhörung beim Agrarsenat. Der Gemeindejurist hat in seinem Statement erneut versucht, das Blatt zugunsten der Gemeinde zu wenden. Ob diese unermüdlichen Bemühungen Früchte tragen, werden wir in den nächsten Wochen erfahren. Uns ist im Zuge unserer Recherchen in Kellern von Archiven und Gerichten bewusst geworden, dass wir bei der Nachbarschaft Raitis wenig Chancen haben werden. Dennoch haben wir einen kleinen Funken gesehen und gesagt, wir versuchen es. Ich will mir von niemandem nachsagen lassen, dass ich vielleicht aufgrund der Tatsache, dass Anton Steixner dort Mitglied ist, diese Agrargemeinschaft stiefmütterlich behandle oder gar nicht.

ECHO: Ein Glück für den Bauernbundobmann – in Mutters zumindest – möglicherweise nicht Mitglied einer Gemeindeguts- beziehungsweise einer über Jahrzehnte gemeineschädigenden Agrargemeinschaft zu sein?

Peer: Aus seiner Sicht schon. Er ist einer von mehreren, die da von Glück sprechen können. Doch allein bei der Agrargemeinschaft Raitis haben wir die Geschichte bis ins Jahr 1814 zurückverfolgt und es ist wohl so, dass sie nicht aus Gemeindegut entstanden ist. Wir sind die letzten, die etwas nehmen wollen, was uns nicht zusteht. Aber das, was uns zusteht, wollen wir auch bekommen. Das ist auch ein Spruch, den die Bauern immer wieder bringen – Eigentum muss Eigentum bleiben. Wenn sie diesen Spruch verwenden, dürfen sie nicht böse sein, wenn das auch auf der anderen Seite so gesehen wird. Der Gesetzgeber hat es geregelt, seit Juni 2008 liegt das VfGH-Erkenntnis auf dem Tisch, und gegen einen rechtmäßigen Geldsegen kann sich keine Gemeinde verwehren. In Mutters ist es so, dass die Köpfe der Agrargemeinschaften sehr gut gewirtschaftet haben. Davon profitieren wir nun und darum ist die Sache in Mutters auch so interessant und brisant.

ECHO: Die Gemeinde Mutters forderte die Agrargemeinschaft auch auf, ihr ein 10.000 Quadratmeter großes Grundstück bei der Mutterer-Alm-Bahn, auf dem ein Hotel entstehen soll, ins bürgerliche Eigentum zu überschreiben. Was hat es mit diesem Grundstück auf sich?

Peer: 2006 stellte die Agrargemeinschaft den Antrag, diese Fläche als Sonderfläche Hotel zu widmen. An einen Vier-Stern-Betrieb mit 150 bis 200 Betten, der die Bahn stärken soll, wurde gedacht. Zweiter Gedanke dabei waren Arbeitsplätze und Gemeindeeinnahmen. Die Agrargemeinschaft hatte das Ansinnen, diese Fläche an den Liftbetreiber zu veräußern. Das hat sich immer weiter hinausgezögert und als wir wussten, dass dieses Grundstück Gemeindegut ist, wurde klar, dass die Gemeinde das Grundstück verkaufen kann. Ich bin ganz scharf darauf, dass wir das Grundstück verkaufen, weil es einige Interessenten gibt und ein Hotel an diesem Platz viele positive Auswirkungen auf die Gemeinde hätte.

ECHO: Diese Frist ist für die Agrargemeinschaft am 11. November ausgelaufen. Ist die Gemeinde bereits als Eigentümerin im Grundbuch eingetragen?

Peer: Auch diesen Punkt werden wir bei dem in Kürze stattfindenden Gespräch diskutieren. Lenkt die Agrargemeinschaft nicht ein, so wird auch in diesem Fall die Gemeinde den Antrag bei der Behörde einbringen, dass die Übertragung behördenseitig erledigt wird. Die Agrargemeinschaft wird sicherlich alles unternehmen, damit kein öffentliches Interesse geltend gemacht werden kann. Blickt man zum Zeitpunkt des Widmungsantrags ins Jahr 2006 zurück, so war es gerade das Ansinnen der Agrargemeinschaft, der Öffentlichkeit mit der Veräußerung des Grundstücks zum Zwecke eines Hotelbaus unter die Arme zu greifen. Wie gesagt, dies war vor der Erkenntnis des VfGH. Dass die Agrarier heute gegenteilig denken, verwundert niemanden. Für die Gemeinde ist es ein Wirtschaftsbetrieb, aus den bereits genannten Gründen von enormer Wichtigkeit, und der Großteil des Gemeinderats ist auch voll überzeugt, dass es sich in diesem Fall absolut um öffentliches Interesse handelt.

ECHO: War oder ist es schwer, diese Entscheidungen zu treffen und umzusetzen?

Peer: Ich vertrete nicht nur eine kleine Gruppe, sondern 2000 Gemeindeglieder und ich muss abwägen, was das Beste für die Allgemeinheit ist. Es wird sich bei diesem Thema leider nicht vermeiden lassen, dass Gräben aufgerissen werden und dass der eine Gemeindeglieder den anderen womöglich nicht mehr grüßt. Aber man muss das Positive sehen und fragen, wie man schlüssig eine Entscheidung herbeiführen kann, damit die beiden sich wieder grüßen und nicht die Straßenseite wechseln. Wenn jeder von seinem hohen Ross heruntersteigt, dann geht das schon. Wenn man mir vorwirft, ich sei voreilig und schnell, dann sage ich, das stimmt nicht. Wenn andere Gemeinden beginnen, diese Schritte zu setzen, können wir bereits sagen, dass dieses Thema sachlich abgehakt wurde und wir das Gesetz erfüllt haben. Dass es für die Agrargemeinschaft nicht fein war, ist klar.

*Interview: Alexandra Keller*